



Grüne besichtigen Überseestadt

Wie sich die Überseestadt weiter entwickelt, haben jüngst zahlreiche Grüne bei einer Rundtour mit der baupolitischen Sprecherin Karin Krusche und

Senatsbaudirektor Franz-Josef Höing in Augenschein genommen. Dabei stand u.a. die Besichtigung des neuen Weser Tower und eines am Wasser errichteten

Bürogebäudes auf dem Programm. Zudem informierten sich die TeilnehmerInnen auch über die geplante Wohnbebauung am Weserufer.

„Bremen Fonds“ einrichten

Die Grünen setzen sich für einen Fonds ein, um im Bedarfsfall die Restitutionsansprüche jüdischer AlteigentümerInnen von Kunstwerken in Bremer Museen erfüllen zu können.

Bremen hat jüngst drei Werke rechtmäßig angekauft, die der frühere jüdische Eigentümer Ottmar Strauss aufgrund der Verfolgung im Nationalsozialismus versteigern musste. Damit können die mittelalterlichen Werke auf Dauer in den Kunstsammlungen Böttcherstraße verbleiben. Der Sohn Ulrich Strauss hat 50.000 Euro erhalten. Dafür haben neben Stiftern auch das Kultur- sowie Finanzressort je 15.000 Euro beigesteuert. „Bremen hat die Chance genutzt, wenigstens eine finanzielle Wiedergutmachung für die Ausplünderung der Familie Strauss zu leisten“, so Karin Krusche. Die kulturpolitische Sprecherin der Grünen hatte sich für die einvernehmliche Lösung mit dem Strauss-Erben eingesetzt.

Der Mitbegründer des Wolff-Konzerns Otto Strauss musste seine wertvolle Kunstsammlung 1935 versteigern lassen, um die sogenannte „Reichsfluchtsteuer“ bezahlen zu können. Der Bremer Kaufmann Ludwig Roselius ersteigerte ein Glasbild und

zwei Alabasterreliefs, die seither in den Kunstsammlungen Böttcherstraße ausgestellt wurden. Bei einer von Bremen geförderten Provenienzforschung hat die Einrichtung die Herkunft der drei Werke entdeckt.

Bei vielen anderen Kunstwerken ist indes noch unklar, ob sie im Nationalsozialismus unrechtmäßig in Bremer Museen gelangt sind. Daher könnten auf die Museen noch Restitutionsansprüche jüdischer Alteigentümer zukommen. Um die Werke im Bedarfsfall von den rechtmäßigen Eigentümern zurückkaufen zu können, machen sich

die Grünen in einem Antrag für einen „Bremen Fonds“ stark. Neben der finanziell klammen Stadt müssten sich daran auch Mäzene, Unternehmen und BürgerInnen beteiligen, damit er ein Erfolg wird. „Ein solcher Fonds trägt dazu bei, dass sich unser Bremer Gemeinwesen seiner historischen Verantwortung stellt“, betont Karin Krusche.



grün: intern

Inklusion an Bremer Schulen

Behinderte und nicht behinderte SchülerInnen haben jetzt das Recht auf gemeinsamen Unterricht. So sieht es das neue Schulgesetz auf grüne Initiative vor. Damit übernimmt Bremen bundesweit eine Vorreiterrolle. Die Förderzentren werden nach und nach aufgelöst. An ihre Stelle treten Zentren für unterstützende Pädagogik an allgemeinen Schulen. Die Eltern können im Rahmen der Kapazitäten entscheiden, ob die Förderung in einer Regelschule oder in einem Förderzentrum stattfinden soll. Bis 2019/20 soll der Prozess abgeschlossen sein, wobei die Entwicklung des Elternwillens und die Haushaltslage berücksichtigt werden sollen.

Zur Person



Christopher Kulmann unterstützt seit kurzem die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion. Der 31-Jährige kümmert sich vor allem um die Internetseiten. Außerdem arbeitet er unseren beiden Bremerhavener Bürgerschaftsabgeordneten zu. Christopher Kulmann war nach seinem Studium der Politikwissenschaften, Geschichte und Jüdischen Studien bei der Arbeitnehmerkammer als Referent für Öffentlichkeitsarbeit tätig.

service impressum

Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft
Telefon 0421/3011-0
Telefax 0421/3011-250
E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de
Internet www.gruene-fraktion-bremen.de

Gestaltung Designbüro Möhlenkamp
Relaunch + Satz Thomas Kollande
Texte A. Quick, M. Makosch, C. Semmler
Fotos BMU/Oberhäuser, Vestas Central Europe, Elisa Meyer

V.i.S.d.P.: Matthias Makosch
Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Schlachte 19/20 28195 Bremen
Druck: Geffken & Köllner, Bremen

grün: inhalt

Bundestagswahl Seite 2

Der Green New Deal weist den Weg aus der Krise.

„Bremen Fonds“ Seite 4

Die Grünen setzen sich für einen Restitutionsfonds ein.

Rennbahn Seite 4

Bremen beendet die Rennbahn-Subventionierung.

Halbzeit



Zwei Jahre grüner Regierungs-beteiligung sind um. Die Halbzeit-Bilanz kann sich sehen lassen. Viele Verbesserungen sind umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Für den sozialen Zusammenhalt. Für mehr Klimaschutz. Für die bessere Bildung der Kinder. Die Fraktion hat jetzt eine Halbzeit-Broschüre im Taschenformat herausgegeben. Auf 52 Seiten sind dort die wichtigsten Initiativen der Grünen beschrieben.

Die Broschüre steht im Netz unter www.gruene-fraktion-bremen.de zum Download bereit.

grüne ecke Miteinander reden



„Wir wollen, dass der Unterricht über Religionen gemeinsam für alle Schülerinnen und Schüler ist. Wir wollen, dass die jungen Menschen miteinander reden und nicht übereinander“, so der Grünen-Abgeordnete Hermann Kuhn in der jüngsten Landtagsdebatte zur Zukunft des Religionsunterrichts an Bremer Schulen.

grün: Journal



Damit mehr Frauen den Zugang zu technologischen Berufen erhalten, sollen die Arbeitsmarktprogramme auf grüne Initiative neu ausgerichtet werden. Zudem legt Bremen nun ein Chancengleichheitsprogramm auf.

Frauen in Führungspositionen

Mit den Grünen kommt Bremen auf dem Weg zur Chancengleichheit voran. Mehr Spitzenpositionen werden jetzt von Frauen ausgeübt. Die Arbeitsmarktprogramme sollen ihnen auch den Zugang zu männerdominierten Berufen ermöglichen.

Die Grünen treiben die Gleichstellung von Frauen voran. So stehen die Türen zur Chefetage im Öffentlichen Dienst für Frauen inzwischen weit offen. Um mehr Frauen in oft besser bezahlte Männerberufe zu bringen, werden die Arbeitsmarktprogramme neu ausgerichtet. Nicht zuletzt sind auch der Ausbau der Kinderbetreuung und Ganztagschulen dicke Pluspunkte, damit Frauen Beruf und Familie besser vereinbaren können.

„Frauen sind oftmals die erfolgreicherer Führungskräfte. Das belegen mittlerweile etliche Studien von McKinsey bis zur Bertelsmann-Stiftung. Daher ist es nur folgerichtig, Spitzenpositionen mit Frauen zu besetzen. Das ist auch eine Gerechtigkeitsfrage“, betont die frauenpolitische Sprecherin Doris Hoch. Mit grüner Regierungsbeteiligung sind für viele Leitungspositionen weibliche Führungskräfte ausgewählt worden. So wurde jetzt jeweils die erste Frau an die Spitze des Landesrechnungshofes, der Brepark, der Landesmedienanstalt und als Datenschutzbeauftragte berufen. Auch das Finanzamt Bremen-Nord und Verwaltungsabteilungen werden nun von einer Frau geleitet.

„Wir haben auch das Landesgleichstellungsgesetz auf die Bremer Gesellschaften ausgeweitet. Das war längst überfällig“, so Doris Hoch. Die Bremer Gesellschaften und Eigenbetriebe müssen nun Frauenförderpläne aufstellen, Bewerberinnen bei gleicher Eignung bevorzugt einstellen und ihre Ausbildungsplätze quotieren.

Gleichwohl ist die Chancengleichheit von Frauen längst nicht erreicht. So sind Frauen auf dem Arbeitsmarkt immer noch benachteiligt. Sie verdienen im Land Bremen im Schnitt 24 Prozent weniger als Männer, auch weil viele im Niedriglohnbereich beschäftigt sind. „Frauen haben oft bessere Schulabschlüsse, landen hinterher aber in schlechter bezahlten Berufen als Männer. Dem wollen wir mit den Arbeitsmarktprogrammen entgegenwirken. Dafür müssen sie aber neu ausgerichtet werden“, unterstreicht die arbeitsmarktpolitische Sprecherin Silvia Schön.

Zwar weist das zentrale Teilprogramm ‚Bremer Fachkräfteinitiative‘ eine Frauenquote von 57 Prozent auf. Aber es verharrt bisher in der klassischen Rollenverteilung nach der Devise: Frauen in die Altenpflege, Männer in die Windenergie. „Während Frauen bei der berufsbegleitenden Altenpflege über 80 Prozent aller TeilnehmerInnen stellen, sind sie bei der Qualifikation für technologische Berufe gerade mal mit einem Prozent vertreten. Das ändern wir. Schließlich sollen Frauen auch in klassischen Männerdomänen erwerbstätig sein können“, bekräftigt Silvia Schön.

Darüber hinaus legt Bremen ein Chancengleichheitsprogramm auf, das mehr Frauen in Führungspositionen bringen und ihnen größere Chancen in zukunftsweisenden Berufen der IT- oder Umweltbranche eröffnen soll. Ferner sollen die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in der Bremischen Verwaltung abgebaut werden.

Rennbahn-Ausstieg auf Zielgerade

Bremen steigt mit grüner Regierungsbeteiligung aus den ‚Jahrhundertverträgen‘ mit dem Rennverein aus. Damit wird ein Schlussstrich unter die davon galoppierenden Kosten gezogen. Sollte die einvernehmliche Lösung mit dem Verein nicht zustande kommen, kündigt die Stadt das komplizierte Vertragsgeflecht zum September. So sieht es der entsprechende Senatsbeschluss

vor. „Bisher wurde die Galopprennbahn jährlich mit einer Million Euro bezuschusst. Diese Mittel können wir für andere Dinge viel sinnvoller einsetzen. Für das Hobby weniger Menschen sollten jedenfalls keine öffentlichen Gelder ausgegeben werden“, so der wirtschaftspolitische Sprecher Klaus Möhle.



Dem Rennverein liegt ein Vorschlag vor: Demnach könnte

die Stadt einen Teil des Rennbahngeländes verkaufen. Der Erlös würde die Verpflichtungen für das laufende Jahr und eine einmalige Abschlussbezuschung decken. Summe: zwei Millionen Euro. Im Gegenzug müsste der Verein dann nur noch sechs statt der bisher vertraglich festgelegten neun Rennen pro Jahr ausrichten. „Da dürfen dann aber nicht irgendwelche alten Brauerei-Pferde um die Bahn gejagt werden“, betont Klaus Möhle.

Klimaschutz schafft Arbeit

Mit dem Ausbau von Bremerhaven zum Top-Standort der Windenergie entsteht zukunfts-fähige Beschäftigung. Nachhaltiges Wirtschaften schont nicht nur das Klima, sondern sichert den Unternehmen auf Dauer einen Wettbewerbsvorteil.



hunderte Arbeitsplätze. Die Windkraft-Unternehmen können ferner die Bremer und Bremerhavener Potenziale in Bereichen wie der Material- und Meeresforschung optimal nutzen. Die Ansiedlung des neuen Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) trägt ebenso dazu bei, dass sich die Seestadt als führender Standort der Offshore-Branche etabliert.

Erneuerbare Energien und eine effiziente Energietechnik sichern und schaffen aber auch in anderen Wirtschaftszweigen zukunfts-fähige Arbeitsplätze. „Wer ökologisch produziert, produziert auch ökonomisch vernünftig“, so Klaus Möhle. Die Entwicklung von Umwelttechnologien, der effiziente Einsatz von Material und Energie sichern Wettbewerbsfähigkeit. Denn während der weltweite Bedarf an Energie und Rohstoffen wächst, nehmen die Vorräte rapide ab. Folge: Langfristig steigen die Energie- und Rohstoffpreise dramatisch.

„Ökologisches Wirtschaften zahlt sich aus. Für Unternehmen und VerbraucherInnen. Wer verbrauchsarme Produkte herstellt, hat im Wettbewerb die Nase vorn. Egal ob bei Kühlschränken oder Pkw. Das dient zugleich dem Klimaschutz. Deshalb wollen wir das Top-Runner-Prinzip gesetzlich festlegen. Dabei gibt das energiesparendste Modell den Standard für alle Anbieter vor“, erläutert Klaus Möhle.



Offshore-Windenergie aus. Dafür geben wir mit der Wirtschaftsförderung kräftigen Rückenwind“, betont der wirtschaftspolitische Sprecher Klaus Möhle.

So haben jüngst drei Hersteller knapp 15 Millionen Euro an Investitionszuschüssen erhalten, die Windenergieanlagen fertigen und Komponenten wie Rotorblätter liefern. Diese Unternehmen investieren über 100 Millionen Euro in Bremerhaven und schaffen

Nachhaltiges Wirtschaften ist das Gebot der Stunde: Um gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Um zukunfts-fähige Arbeit zu schaffen. Um Klima und Umwelt zu schützen. Um Kosten zu vermeiden. „Wenn der Blaumann grün wird, hat er Zukunft. Das zeigt das Beispiel der boomenden Windkraft-Branche. Um den Strukturwandel in Bremerhaven voranzutreiben, bauen wir die Seestadt zum Top-Standort für die

Keine Peepshow für Datenjäger

Für Schäuble & Co. ist jedeR verdächtig. Unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung werden die Bürgerrechte immer mehr ausgehebelt. Dauerüberwacher müssen endlich wieder in die Schranken verwiesen werden.

Die Sicherheitsfanatiker in der Großen Koalition betrachten die Bürgerinnen und Bürger offenkundig als potenzielle GesetzesbrecherInnen. Die Folge: Bürger- und Freiheitsrechte werden unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung massiv abgebaut. So haben Schäuble & Co. beispielsweise die Telekommunikations-Unternehmen zu Hilfssheriffs des Staates gemacht. Die Verbindungsdaten aller BürgerInnen werden auf Vorrat gespeichert. Flugpassagierdaten werden massenhaft erhoben und an die USA weitergegeben. Das Abkommen sieht vor, selbst Informationen über sexuelle Vorlieben oder eine Gewerkschaftszugehörigkeit zu liefern.

Auch das BKA-Gesetz schränkt die Bürgerrechte ein. So dürfen seit Jahresbeginn private Computerfestplatten heimlich durchsucht werden. Das Gesetz ermöglicht dem Bundeskriminalamt auch Lausch- und Spähangriffe auf Wohnungen sowie die Rasterfahndung, bei der zuhauf unbescholtene Menschen ins

Visier geraten. „Das BKA-Gesetz ist ein Angriff auf die Bürgerrechte. Damit wird die bewährte Trennung von Geheimdiensten und Polizei aufgehoben. Diese Politik des permanenten Ausnahmezustandes muss aufhören. Die ungezielte Massenüberwachung ist kein geeignetes Mittel zur Terrorismusbekämpfung“, so Björn Fecker. Der innenpolitische Sprecher der Grünen betont, dass der Kernbereich privater Lebensgestaltung

unanastbar bleiben muss. „Das Bundesverfassungsgericht bescheinigt Schäuble & Co. fast regelmäßig ein desaströses Grundrechtsverständnis. Das zeigen beispielsweise die Urteile zum Großen Lauschangriff und zum Luftsicherheitsgesetz. Wir Grüne stehen für die Wahrung der Bürgerrechte. Diese Grundrechte müssen endlich wieder gestärkt werden“, bekräftigt Björn Fecker.

ArbeitnehmerInnen-Datenschutz stärken

Bespitzelungsskandale in großen Unternehmen wie Lidl, Bahn, Telekom oder auch bei der Post haben gezeigt, wie der Datenschutz mit Füßen getreten wird. Ob die heimliche Videoüberwachung von Aufenthaltsräumen oder das Speichern intimster Krankendaten - die lange Liste der Datenschutzverstöße offenbart, dass in vielen Unternehmen die Spitzelmentalität um sich greift. Leidtragende

sind die Beschäftigten, deren Persönlichkeitsrechte massiv verletzt werden. „Wir brauchen ein Datenschutzrecht für ArbeitnehmerInnen, das sie vor Willkür bewahrt“, betont Mustafa Öztürk. Der datenschutzpolitische Sprecher der Grünen spricht sich für ein ArbeitnehmerInnen-Datenschutzgesetz aus. Das soll das Recht auf informationelle Selbstbestimmung am Arbeitsplatz gewährleisten.

Mit Grün aus der Krise

Die Spekulationsblase des Turbokapitalismus ist geplatzt. Die weltweite Rezession ist die Folge. Das Ökosystem ist bedroht. Der Ausweg ist die grüne Industrierevolution, so die Bundestagsabgeordnete Marieluise Beck in ihrem Gastbeitrag.

Es gibt solche Krisen und solche. Manche gehen vorbei wie ein kurzes Fieber, ohne tiefe Spuren zu hinterlassen. Andere markieren eine Zeitenwende, nach der nichts mehr ist wie zuvor. Mit einer solchen Zäsur haben wir es gegenwärtig zu tun. Die Spekulationsblase des Turbokapitalismus ist geplatzt und hat die größte Wirtschaftskrise seit den 30er Jahren ausgelöst. Doch nicht nur die Geld- und Warenkreisläufe sind gestört, auch das Ökosystem ist aus den Fugen geraten.

Unsere natürlichen Lebensgrundlagen sind gefährdet. Schwindende Ölvorräte, Überfischung der Meere, Wasserknappheit und Verlust von Ackerland sind eindeutige Alarmzeichen. Der Klimawandel zeigt

Gastbeitrag

am deutlichsten, dass unser Wirtschaftsmodell an seine Grenzen stößt.

Doch die Doppelkrise eröffnet auch eine Chance. Die Einsicht greift um sich, dass es eines grundlegenden Strukturwandels bedarf. Wir werden die Krise von Wirtschaft und Umwelt nur bewältigen, wenn wir jetzt den Treibsatz für eine grüne industrielle Revolution zünden. Die Unsummen, die weltweit für die Ankurbelung der Konjunktur ausgegeben werden, sind fehlinvestiert, wenn damit nicht die Weichen für eine CO₂-neutrale Wirtschaft gestellt werden. Es geht dabei um den Übergang von Öl, Kohle und Atom zu Sonne, Wind und Biomasse; von fossilen zu nachwachsenden Rohstoffen; von Ressourcenverschwendung zu Ressourceneffizienz; vom Missbrauch der Biosphäre als Abfalldeponie zur ökologischen Kreislaufwirtschaft.

Das ist die Herausforderung, vor der unsere Generation jetzt steht. Es ist eine Aufgabe, die alle Anstrengungen wert ist – eine breites Feld für den Erfindungsgeist von Ingenieurinnen und Ingenieuren, für weitsichtige Managerinnen und Manager, für Ge-

werkschaften und Bürgerinitiativen, Produzierende und Konsumierende – kurzum: für uns alle.

Heute stehen sich zwei Denkschulen gegenüber: die eine will Investitionen in Klimaschutz wegen der Wirtschaftskrise zurückstellen. Die andere, zu der wir uns zählen, sieht gerade im Übergang zu erneuerbaren Energien und ressourceneffizienten Technologien den Ausweg aus der ökonomischen Krise: grüne Innovation statt Depression! Wir müssen den Umbau von Schlüsselbranchen angehen, die durch besonders hohe CO₂-Emissionen gekennzeichnet sind. Dazu gehört auch die Autoindustrie. Die als „Umweltprämie“ getarnte Abwrackprämie für Altautos ist populistischer Nonsens. Sie befestigt die bestehende, nicht zukunfts-fähige Produktpalette: 5 Milliarden Euro für den Status quo statt für das Elektromobil von morgen.

Gleichzeitig geht es um eine Erneuerung der öffentlichen Infrastruktur: Ausbau des öffentlichen Verkehrs, ein europäisches Verbundnetz für erneuerbare Energien, die zügige Sanierung des Altbaubestands. Allein 40% der CO₂-Emissionen entstehen im Gebäudesektor. Gerade hier kann eine ökologische Wende auch massenhaft sinnvolle Beschäftigung schaffen.

Bereits heute verzeichnet die Erneuerbare-Energien-Branche rund 270.000 Arbeitsplätze, Tendenz steigend. Am Ausgangspunkt dieser Erfolgsgeschichte stand das Erneuerbare-Energien-Gesetz der rot-grünen Bundesregierung: Grün macht den Unterschied.

Ein solcher Strukturwandel kann nicht allein im nationalen Rahmen gelingen. In einer globalisierten Welt sind nicht nur die Krisen global, auch die Lösungen müssen global sein. Gerade die wohlhabenden und technologisch hoch entwickelten Staaten müssen den Weg für eine grüne Wende im globalen Maßstab ebnen. Wenn wir die aufsteigenden Industriemächte wie China davon überzeugen wollen, einen nachhaltigen Entwicklungspfad einzuschlagen, müssen wir vormachen, dass nachhaltiges Wirtschaften und Wohlstand Hand in Hand gehen.

Für diese Einsichten haben die Grünen 30 Jahre lang gestritten. Jetzt erleben wir die Verbreitung grüner Ideen bis hinein in die Wirtschaft. Wenn etwa die „Financial Times“ bei der Europawahl ihrer Leserschaft empfahl, es mit den Grünen zu versuchen, dann ist das noch nicht der Durchbruch. Aber es zeigt, dass auch bei unseren früheren Gegnern die Einsicht wächst, dass „grün“ den Ausweg aus der Krise zeigt.



Beck@Home: JedeR kann sich anmelden

Marieluise Beck lädt im Bundestagswahlkampf interessierte BremerInnen zur politischen Diskussion in ihr Wohnzimmer ein. Anmeldungen für einen dieser geselligen Abende mit der Spitzenkandidatin der Grünen sind ab sofort möglich.

Wer Marieluise Beck im Bundestagswahlkampf in entspannter Atmosphäre kennen lernen möchte, hat dazu bei Beck@Home die Gelegenheit. Hinter dem Kürzel Beck@Home steckt die Idee, die Bremer Spitzenkandidatin von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in ihrem eigenen Wohnzimmer kennenzulernen: Beck@Home.

Das Projekt begann im Wahlkampf 2002. Seither hat Marieluise Beck über 1500 Bremerinnen und

Bremer zu sich nach Hause eingeladen, die Spaß und Interesse an politischen Diskussionen haben. Dieses Konzept hat gezeigt, dass sich politische Kontakte auf angenehme Weise knüpfen, vertiefen und pflegen lassen. Von den Gesprächsrunden profitieren beide Seiten: So können die Gäste nicht nur einen außerordentlichen Einblick in aktuelle politische Debatten gewinnen, sondern auch die persönlichen An- und Einsichten der grünen Bundestagsabgeordneten

kennenlernen. Marieluise Beck lernt äußerst viel aus den kritischen Fragen und Anregungen ihrer Besucherinnen und Besucher, die aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Milieus stammen.

Und das Beste ist: JedeR kann den Kreis der Gäste erweitern. Interessierte können sich per E-Mail an marieluise.beck@wk.bundestag.de oder telefonisch unter 0421/3011-200 melden, um einen Beck@Home-Abend vorzuschlagen.